

Satzung

Förderverein TSG Pfeddersheim Fußballjugend e.V.

§1 Name, Geschäftsjahr

- 1.1. Der Verein trägt den Namen Förderverein TSG Pfeddersheim Fußballjugend. Er führt nach der Eintragung in das Vereinsregister den Namenszusatz „eingetragener Verein“ in abgekürzter Form „e.V.“
- 1.2. Das Geschäftsjahr des Vereines ist das Kalenderjahr
- 1.3. Der Sitz des Vereins ist 67551 Worms

§2 Zweck des Vereins

- 2.1. Der Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Unterstützung der TSG Jugendfußballer durch die Beschaffung finanzieller und sachlicher Mittel.
- 2.2. Der Verein verfolgt keine politischen, religiösen und militärischen Zwecke.
- 2.3. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

§3 Eintragung ins Vereinsregister

- 3.1. Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden

§4 Eintritt der Mitglieder

- 4.1. Der Verein hat ordentliche und fördernde Mitglieder
- 4.2. Mitglied des Vereins kann jede voll geschäftsfähige natürliche oder juristische Person werden
- 4.3. Personen mit rassistischen, neonazistischen, rechts bzw. linksradikalen politischen Ansichten ist die Mitgliedschaft untersagt.
- 4.4. Jedes Mitglied hat die Satzung anzuerkennen und schriftlich zu bestätigen.
- 4.5. Die Mitgliedschaft entsteht durch Eintritt in den Verein.
- 4.6. Die Beitrittserklärung ist schriftlich vorzulegen,
- 4.7. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Der Eintritt wird mit Aushändigung einer schriftlichen Aufnahmeerklärung wirksam.
- 4.8. Die Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand ist nicht anfechtbar.
- 4.9. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.
- 4.10. Die Aufnahme eines ordentlichen Mitglieds erfolgt durch Beschluss des Vorstandes
- 4.11. Die Aufnahme eines fördernden Mitglieds erfolgt durch Einreichung einer bedingungslosen Bankeinzugsermächtigung in Höhe des Jahresmitgliedsbeitrags oder eines selbst gewählten Betrags. Die Mitgliedschaft beginnt jeweils mit dem 1. Januar des laufenden Jahres.

§5 Austritt von Mitgliedern

- 5.1. Die Mitglieder sind zum Austritt aus dem Verein berechtigt.
- 5.2. Der Austritt eines ordentlichen Mitglieds ist unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 12 Wochen nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig.
- 5.3. Der Austritt eines ordentlichen Mitglieds ist dem Vorstände schriftlich zu erklären. Zur Einhaltung der Kündigungsfrist (siehe 5.2) ist ein rechtzeitiger Zugang der Austrittserklärung an ein Mitglied des Vorstandes erforderlich.
- 5.4. Die Mitgliedschaft eines fördernden Mitglieds endet mit sofortiger Wirkung
 - a.) bei Widerruf der Bankeinzugsermächtigung, gleichgültig aus welchem Grund
 - b.) bei Rückbelastung des Vereinskontos wegen mangelnder Deckung des Mitgliedskontos, wegen Aufhebung dieser Bankverbindung oder aus ähnlichem Grund. Die Mitgliedschaft bleibt bestehen, wenn das Mitglied auf einmalige Mahnung an die zuletzt bekannte Adresse binnen eines Monats den Mitgliedsbeitrag zuzüglich Rückbelastungsgebühren nachzahlt.
 - c.) Durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Verein. In diesem Falle endet die Mitgliedschaft zum 31. Dezember des laufenden Jahres.
- 5.5. Die Mitgliedschaft endet automatisch mit dem Tod.

§6 Ausschluss von Mitgliedern

- 6.1. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es schuldhaft und in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt.
- 6.2. Zuvor ist das betroffene Mitglied jedoch zu hören
- 6.3. Die Entscheidung muss schriftlich begründet und zugestellt werden.
- 6.4. Hiergegen ist Beschwerde binnen vier Wochen zulässig, über die die ordentlichen Mitglieder entscheiden.

§7 Ende der ordentlichen Mitgliedschaft

- 7.1. Die Streichung der ordentlichen Mitgliedschaft erfolgt, wenn das Mitglied mit zwei fortlaufenden Beiträgen im Rückstand ist und diesen Betrag auch nach schriftlicher Mahnung durch den Vorstand nicht innerhalb von zwei Wochen vom Datum der Mahnung an voll entrichtet. Die Mahnung muss mit eingeschriebenem Brief an die letzte dem Verein bekannte Anschrift des Mitglieds gerichtet sein. Sämtliche, durch Mahnungen und nicht bezahlte Beiträge entstandene Kosten sind von dem Mitglied zu tragen.
- 7.2. In der Mahnung muss auf die bevorstehende Streichung der ordentlichen Mitgliedschaft hingewiesen werden.
- 7.3. Die Mahnung ist auch wirksam, wenn die Sendung als unzustellbar zurückkommt.
- 7.4. Die Streichung der ordentlichen Mitgliedschaft erfolgt durch Beschluss des Vorstands.

§8 Mitgliedsbeiträge

- 8.1. Es ist ein Mitgliedsbeitrag zu leisten
- 8.2. Seine Höhe wird durch Beschluss der ordentlichen Mitglieder bestimmt
- 8.3. Der Beitrag ist jährlich im Voraus zu bezahlen.
- 8.4. Eine Aufnahmegebühr wird nicht erhoben.

§9 Organe des Vereins

- 9.1. Die Organe des Vereins sind
 - a.) Der Vorstand (§ 10 und § 11 der Satzung)
 - b.) Die Versammlung der ordentlichen Mitglieder
 - c.) Die Mitgliederversammlung (§ 12 bis § 16 der Satzung)

§10 Der Vorstand

- 10.1. Der Vorstand besteht aus
 - a.) 1. Vorsitzende/r
 - b.) zwei Stellvertreter/innen
 - c.) Kassierer/in
 - d.) Schriftführer/in
 - e.) drei Beisitzer/in
- 10.2. Vorstand im Sinne des §26 BGB ist der / die Vorsitzende und die beiden Stellvertreter/innen. Je zwei dieser Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam.
- 10.3. Der Vorstand wird durch Beschluss der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren bestellt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt.
- 10.4. Das Amt eines Vorstandsmitgliedes endet mit seinem Ausscheiden aus dem Verein.
- 10.5. Verschiedene Vorstandsämter können nicht auf eine Person vereinigt werden.

§11 Beschränkung der Vertretungsmacht des Vorstandes

- 11.1 Die Vertretungsmacht des Vorstandes ist mit der Wirkung gegen Dritte in der Weise beschränkt (§ 26 Abs. 2 Satz 2 BGB), dass zum Erwerb oder Verkauf von Grundstücken und zu Rechtsgeschäften die den Verein mit mehr als 1.500,00 Euro (in Worten eintausendfünfhundert Euro) verpflichten die Zustimmung der Versammlung der ordentlichen Mitglieder erforderlich ist.

§12 Berufung der Mitgliederversammlung

- 12.1 Die Mitgliederversammlung ist zu berufen:
 - a.) wenn es das Interesse des Vereins erfordert.
 - b.) jedoch mindestens einmal möglichst in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres
 - c.) durch Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes (im Sinne des § 26 BGB) binnen drei Monaten.
 - d.) wenn dies von mindestens Zehn der Mitglieder beantragt wird.
- 12.2 Nach einem Jahr hat der Vorstand der nach Abs. 1 b.) zu berufende Versammlung eine Jahresabrechnung vorzulegen. Die Versammlung muss über die Entlastung des Vorstandes einen Beschluss zu fassen.

§13 Form der Berufung

- 13.1 Die Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich, im amtlichen Mitteilungsblatt „Paternusboten“, unter Einhaltung einer Frist von 10 Tagen zu berufen.
- 13.2 Die Berufung der Mitgliederversammlung muss den Gegenstand der Beschlussfassung (Tagesordnung) bezeichnen.

§14 Beschlussfähigkeit

- 14.1 Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß berufene Mitgliederversammlung
- 14.2 Zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§41 BGB) ist die Anwesenheit von zwei Dritteln der Vereinsmitglieder erforderlich.
- 14.3 Ist eine zur Beschlussfassung über die über die Auflösung des Vereins einberufene Mitgliederversammlung nach Absatz 14.2. nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von vier Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die weitere Versammlung darf frühestens zwei Monate nach dem ersten Versammlungstag stattfinden, hat aber spätestens vier Monate nach diesem Zeitpunkt zu erfolgen.
- 14.4 Die Einladung zur weiteren Versammlung hat einen Hinweis auf die erleichterte Beschlussfähigkeit (Abs. 14.5.) zu enthalten.
- 14.5 Die neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder beschlussfähig.

§15 Beschlussfassung

- 15.1 Es wird durch Handzeichen abgestimmt. Auf Antrag von mindestens fünf der Anwesenden ist schriftlich und geheim abzustimmen.
- 15.2 Bei Beschlussfassung entscheidet die einfache Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Stimmenthaltungen zählen nicht für Mehrheiten.
- 15.3 Zu einem Beschluss, der eine Satzungsänderung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich.
- 15.4 Zur Änderung des Zwecks des Vereins (§2 der Satzung) ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.
- 15.5 Zur Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins (§41 BGB) ist eine Mehrheit von vier Fünftel der erschienenen Mitglieder erforderlich.

§16 Beurkundung der Versammlungsbeschlüsse

- 16.1 Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen.
- 16.2 Die Niederschrift ist von dem / der Vorsitzenden der Versammlung zu unterschreiben. Wenn mehrere Vorsitzende tätig waren, unterzeichnet der letzte Versammlungsleiter die ganze Niederschrift.
- 16.3 Jedes Vereinsmitglied ist berechtigt die Niederschriften einzusehen.

§17 Auflösung des Vereins

- 17.1. Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung (vgl. §15 Abs. 15.5. der Satzung) aufgelöst werden.
- 17.2. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand (§10 der Satzung)
- 17.3. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Jugendfußballabteilung der TSG Pfeddersheim. Die Gelder müssen unmittelbar und ausschließlich für die gemeinnützigen Zwecke des Jugendfußballs verwendet werden.

67551 Worms, den 07.11.2010